

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 26. Juni 2012	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	37. Plenarsitzung Gemeinderat 24.07.2012 1152 30 öffentlich
Personalsituation bei der Betreuungsbehörde Karlsruhe		

1. Wann wird die Betreuungsbehörde voraussichtlich mit einer neuen Leitung besetzt?
2. Wird außer einer neuen Leitung weiteres Personal eingestellt? Wenn ja, wie viele Personen und in welcher Funktion?
3. Stimmt es, dass Stellen bei der Betreuungsbehörde aus Mangel an Bewerbungen nicht besetzt werden können oder konnten?
4. Stimmt es, dass bei der Betreuungsbehörde bestimmte Vorgänge wegen Personalmangels nicht oder nur stark verzögert bearbeitet werden können?
5. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Situation bei der Betreuungsbehörde ein? Welche Folgen hat der Personalmangel für die Beschäftigten, für die Betreuungsgerrichte, für die Betreuungsvereine und ehrenamtlichen Helfer sowie für die Klientel der Betreuungsbehörde?
6. Welche Maßnahmen werden getroffen, um die Situation zu verbessern? Wann rechnet die Stadtverwaltung mit einer Entlastung der jetzigen Beschäftigten und des Betreuungswesens in Karlsruhe insgesamt?
7. Welche Entwicklungen sind im Betreuungswesen in Karlsruhe zu erkennen? Wie haben sich die Zahlen der eingerichteten neuen Betreuungen, Verfahrensermittlungen und Behördenbetreuungen in den letzten Jahren entwickelt?

Sachverhalt/Begründung:

Regelmäßig haben Kooperationspartner der Betreuungsbehörde in den letzten Jahren auf die unzureichende Personalsituation bei dieser Behörde aufmerksam gemacht. Im Mai 2012 nun wandte sich die Arbeitsgemeinschaft Betreuungsrecht an die Öffentlichkeit, da die Personalsituation inzwischen „skandalös“ sei. So könnten weder Beratung noch Hilfen für Menschen in Notlagen in den erforderlichen Zeiträumen erbracht werden, die Bearbeitung zahlreicher Vorgänge könne überhaupt nicht mehr geleistet werden. Auch finde die notwendige Vernetzung im Betreuungswesen nicht statt. Gegen dies alles werde nichts getan mit der Begründung, es lägen keine Beschwerden vor.

Im Gegenteil waren in der Vergangenheit und sind auch jetzt sehr deutliche Hilferufe seitens der ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer im Betreuungswesen zu vernehmen. Auf Beschwerden der zu betreuenden Klientel sollte die Stadtverwaltung nicht warten, da dieser vielfältig psychisch und physisch belastete Personenkreis nicht willens oder in der Lage ist, die für sie notwendigen Leistungen auch noch zu erstreiten.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten .

13. Juli 2012